

# Wochenzeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Wochenzeitung“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringengebühr 1.40 Goldmark, durch die DR 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustelgebühren. Schluss der Anzeigen-Nahme: Jeden Uhr mittags.

Die Anzeigen werden nach National-Zeiten berechnet: Die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagspreis: Das Doppelblatt 16 und 17. Druckerei: Halle-Magnum 7431. Druck- und Verlagsanstalt: „Wochenzeitung“ Halle a. S. Verlagsleiter: C. G. Göttsche. Leipzig 1924.

### Neues in Kürze.

Drachmelnungen und Radiotelegramme.



Der neue Fraktionsvorsitzende der D. N. S. P., Abgeordneter Schiele.

Es wurde von der deutschnationalen Reichstagsfraktion zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Das hessische Oberste Landesgericht hat für Hütter und Kriebel Bewährungsfrist und Haftentlassung bewilligt. Für Dr. Weber wurde die Frage der Bewährungsfrist vorläufig zurückgestellt.

Staatssekretär a. D. v. Kühnmann teilt der „Kreuzzeitung“ mit: Müllerand hat in seiner Rede vom 16. Dezember einen angeblichen Brief von mir an den Generalen von Kromschloß ausgestellt. Ich habe niemals weder diesen Brief noch einen ähnlichen geschrieben und habe das ganze für das Nachwort eines plumpen Fälschers. — Da sieht man wieder einmal, wie die Franzosen schändlich und betrügerisch. So plump sollte das aber ein ehemaliger Präsident der Republik doch nicht tun.

Der preussische Handelsminister hat die Industrie- und Handelskammern darauf aufmerksam gemacht, daß zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Estland eine besondere Gewerbe-Legitimationskarte für Handelsreisende vereinbart ist. Die Ausstellung dieser Karte erfolgt auf Antrag des Inhabers gegen Erstattung der vorgeschriebenen Verwaltungsgebühr durch die zur Ausstellung von Fällen beauftragten Behörden.

Die deutsch-italienische Wirtschaftsdelegation ist heute für die Weihnachtsfeier nach Berlin zurückgekehrt. Es heißt, daß eine grundsätzliche Verständigung über den nächsten Herbst erreicht werden konnte, wonach beide Länder sich gegenseitig das Weisheitsbegünstigungsrecht gewähren.

Gestern fand in Rom das Geheimne Konsistorium statt, in dem der Papst nach einer Ansprache über das Jubiläum 1925 die drei Kardinalnuntien für die Eröffnung der Porta Santa ernannt hat, und zwar für den Vatikan Kampill, für Santa Maria Maggiore Bannelli, der schon im Jahre 1900 diese Funktion vornahm, und für San Paolo de Landi. Das kirchliche Jubiläum soll bereits am heiligen Abend, und zwar mit der Eröffnung der normalerweise vermauerten Porta Santa, des Haupteingangs zum Vatikan, eingeleitet werden.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Gilbert, reiste gestern von Paris nach Berlin zurück. Eine Entschädigung über die Erhebung der Zölle, Reparationszahlungen und ihre Anrechnung auf die Jahresleistungen des Danesquardens wird dem „Temps“ zufolge die Konferenz der internationalen Finanzminister treffen, die im Januar in Paris zusammentreten wird.

Der amerikanische Staatssekretär Hughes deklariert heute die einseitigen aus London kommenden Gerichte, nach denen Amerika bereit ist, die mit der gemischten Kommission vereinbarten Forderungen an Deutschland aufzugeben. Er erklärt, die amerikanische Regierung bestehe darauf, von Deutschland die volle Summe zu erhalten, wenn sie auch bereit ist, die Verteilung der Zahlungen auf einen längeren Zeitraum zuzugestehen.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ berichtet aus dem Hofstaat, daß die Belagerung Mexicos, der Hauptstadt des Islam, begonnen hat. König Ali blühtet Mexiko von drei Seiten aus und verläßt, das Heer des Sultans Enver Saub, der vor zwei Monaten Mexiko besetzt hat, auszugehen.

## Abbauen! Abbauen!

Wie wir bereits im größten Teil unserer gestrigen Ausgabe melden konnten, hat sich die Bildung einer Wechselsregierung als zur Zeit unmöglich herausgestellt. Reichspräsident und Reichsanstalten lassen daher überlegen, daß die bisherige Regierung die Geschäfte einseitig weiterführt und daß die Neubildung der Regierung bis kurz vor Zusammentritt des Reichstags verzögert werden soll. Der Zusammentritt des Reichstags ist ebenso wie der des Preussischen Landtags endgültig auf den 5. Januar festgesetzt.

Das haben wir nun also glücklicherweise mit der von den Sozialdemokraten laut ausdrücklicher Erklärung ihres Parteivorstandes Müller-Krause vorläufig herbeigeführten Reichstagsauflösung und Neuwahl erreicht: wir haben ein gutes Duzend Abgeordnete mehr — und keine Regierung! Wie lange soll sich das deutsche Volk dieses freigelegte und eines großen Reiches ohne Ziele mit keinem Zielgefühl, ohne ein Zielgefühl lassen? Man nehme mir den Ausdruck nicht übel, aber: ließt das denn nicht bald ja aus, als ob man uns alle zum Narren habe?

Überall hat man abgebaut, in der Privatwirtschaft und in der Beamtenstadt. Wäre es nicht viel richtiger und wichtiger, das man endlich daran dachte, den ganzen, sich immer unzufühiger und unmöglicher erweiternden Revolutionsparlamentarismus abzubauen und an Stelle des halbweltlichen Kolonialparlamentarismus mit ihren Diktator und Freikartisten und Immunitäten und ihren ewigen Kriegen und dem Aneinanderberstößen der ein oder zwei oder drei Duzend wirtschaftlich verarmten und arbeitswilligen Männer zu setzen? Wenn das nicht schmerzhaft anders wird, als bisher, dann kann kein Mensch sich wundern, wenn das Volk es fast bedommt und eine neue Revolution macht, nur um aus dem jetzigen Jammer und aus den fäulnissüchtigen und schließenden Kriegen heraus zu klaren Verhältnissen zu kommen. Dieser entartete Parlamentarismus ist für die Ruhe des Reichslebens der gefährlichste Begleitend, den es gibt.

### Französisch-russische Mißstimmung.

In Frankreich ist nach der anfänglichen Begeisterung über die Verständigung mit Russland erst eine große Ernüchterung und jetzt bloßes Entsetzen eingetreten. Ganz Paris ist erfüllt von Schauerreden über angebliche Putschpläne der französischen Kommunisten und friedliebende Bürger verlassen in Scharen die Stadt, um sich in Sicherheit zu bringen. Das neueste Gerücht besagt, daß am Tage vor heiligabend der große Tag der Räteidaturation-errichtung kommen werde.

Wir Deutschen haben schon unsere Lehrenjahre im Kommunismus hinter uns und leben solche Dinge ruhiger an. Aber den Franzosen ist der rote Regen neu und tatsächlich ist die Saade in Frankreich doch bedenklicher, weil die wirtschaftliche Not, die Leuerung und der Stauerdruck ja gar nicht zu dem bisherigen Siegestaumel paßt. Und weil der Franzose nicht der gleiche, selbst in der Revolution noch seinen angeborenen Sinn für Disziplin und Ordnung beweisende ruhige und friedliebende Mensch wie der Deutsche, sondern ein schlüssig-überladener Bildung ist, der nicht mehr zu halten ist, wenn der Wutausbruch über ihn kommt. Nun, uns mag recht sein, wenn sie zur Strafe für ihre Brutalität und Faltschheit gegen uns sich gegenseitig wieder einmal unter die Guillotine bringen. Freilich, das Ende vom Lied wäre eine neue Militärdiktatur wie während unter Napoleon I., und was das für uns bedeuten würde, weiß man noch nicht.

Angriffsweise verliert die Regierung Herriot die gefährliche Entwicklung einzudämmen durch energische Maßnahmen gegen die Kommunisten, was natürlich zur Störung der ersuchten Freundschaft mit den Sowjetjahren führt. So meldet das Pariser russische Blatt „Weste Nachrichten“, daß Krasin Ende der Woche für unbestimmte Zeit nach Moskau abreisen wird. Dem Blatt zufolge werden die französisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die Anfang Januar beginnen sollten, um einen Monat verlegt.

Der Vorsitzende der Kommission für russische Angelegenheiten, de Monzie, der bei den französisch-russischen Verhandlungen den Vorsitz führt, erklärte dem „Excelsior“, daß die polit-

Man mache sich klar, was nun kommen wird: Es muß ein gegenwertiges Feilschen und Ueberbieten beginnen, damit entweder die zumal 26 Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zur Linken, oder Zentrum und Demokraten zur Rechten übergeben. Oder endlich als drittes (und vielleicht ausläsdrichstes): daß die Sozialdemokraten die immer härter werdende Spaltung der Kommunisten in tabulale und gemäßigte denken, um die Hälfte der kommunistischen Abgeordneten zum Uebertritt in die sozialdemokratische Partei zu bewegen, wodurch dann mit rund 150 sozialdemokratischen Abgeordneten die Mehrheit für die „Große Koalition“ gebildet wäre.

Möglich ist bei uns alles! Die kommunistischen Abgeordneten sind ja wie alle Abgeordneten laut Verfassung nicht Vertreter einer Partei, sondern des ganzen deutschen Volkes (nämlich, diese Verfassung!), und können also, ohne ihr Mandat zu verlieren, ruhig zu den Sozialisten überwandern. Auch an eine ihren Parteigenossen gebundene Verpflichtung, bei Austritt aus der Partei ihr Mandat niederzulegen, sind sie rechtlich in keiner Weise gebunden.

Wirklich das letzte nur noch, um der Entartung unseres Revolutionsstaates und Revolutionsparlamentarismus die Krone aufzusetzen. Aber auch wenn die Kommunisten zu diesem Spiel nicht die Hand bieten, genügt die Tatsache, daß nicht die großen Parteien sondern die Splitterparteien es die 19 der Bayerischen Volkspartei oder die 32 der Demokraten, oder endlich jene Hälfte der Kommunisten — für die Bildung unserer Regierung ausschlaggebend sind. Und das nennt man „Republikanismus“!

Uns kann nur eine Veränderung unseres Rechtsrechtes in der Richtung des englischen helfen, das Splitterparteien unmöglich macht und wirklich die Mehrheit zur Regierung bringt — oder eine völlige Veränderung des ganzen jetzigen Systems der Volkswirtschaft. Schematisches sieht man schon heute, daß die Regierung, die durch irgendeine der bestehenden parlamentarischen „Kombinationen“ zu Jahresanfang etwa zustande kommt, keine energielose leistungsfähige Regierung wird, die das gefährdete Staatsbüß mit harter Hand lenken konnte.

### Zu der Abreise Krasins nach Moskau.

Weder die unerwartete Abreise Krasins nach Moskau sind die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. Es heißt, daß der russische Volkskaiser über die ungenügende Haltung eines Teiles der Pariser Presse äußerst verärgert war und in seiner getragenen Unterredung mit Herriot seinem Ärger Luft machte. Außerdem sei Krasin ja der Ueberzeugung gelangt, daß die Anleiheverhandlungen mit Frankreich zu einem glatten Mißerfolg führen würden. Von französischer Seite wird behauptet, es habe sich herausgestellt, daß den Russen die Wirtschaftsverhandlungen gar nicht so am Herzen liegen, wie sie vorgaben, und daß in der hauptsächlich Anleihepläne verfolgt würden. Auch sagt man, daß Krasin unter der Aufsicht seines ersten Wirtschaftssekretärs Poline sehe, der von der Furcht, nicht die Uebernahme des Volkskaisers beauftragt zu sein, so das es unmöglich sei, mit Krasin allein zusammenzutreffen.

### Keine Verständigung mit der französischen Schwerindustrie.

Die Sachverständigen der deutschen Schwerindustrie sind zum Teil gehen, zum Teil heute nach Deutschland zurückgekehrt. Die gestrige Sitzung hat gezeigt, daß eine Verständigung mit den französischen Vertretern vorläufig nicht zu Stande kommen kann. Die Beizprehenden sind daher vorläufig abgeschlossen. Die Sachverständigen kommen Anfang Januar wieder zusammen. Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen auf Am Montag verläßt sie Paris, um am 30. Dezember wieder zurückzukehren.

Die erzielten Teilergebnisse können nicht mit der Tatsache veröhren, daß auf allen Gebieten die Hauptgegenstände sich bisher nicht überbrücken ließen.

## Für die Heimholung König Ottos.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)  
Wien, 17. Dezember.

Die „legitimistische“ Partei in Ungarn hat ihrer schon seit längerer Zeit angeknüpfte großen Aktion für König Otto begonnen und hat nunmehr der Öffentlichkeit das klarumrissene Programm übergeben: Heimholung König Ottos nach Ungarn.

Graf Sullus Andrássy hat durch seine Programmrede für die Heimholung König Ottos, die er in Budapest hielt, der ungarischen Politik eine neue wichtige Richtung gegeben. Als den einzigen Weg, der die ungarische Nation retten könne und den vollen Frieden der Gesellschaft sichern werde, hat er die Aufrechterhaltung der Rechtskontinuität bezeichnet und erklärt, daß Ungarn zur Sicherung seiner Freiheit die konstitutionelle Monarchie brauche. Er hat den Verzicht zurückgewiesen, als ob sich auch andere Thronkandidaten am Hofe Habsburg um die ungarische Krone bewerben würden, und verlangte die Ueberlieferung der königlichen Familie nach Ungarn, damit dem Erbprinzen Otto die Möglichkeit geboten werde, in der ungarischen Atmosphäre erzogen zu werden.

Die führenden Legitimisten sind sich darüber klar, daß die Durchsührung ihres „an“ auf große Schwierigkeiten stößt, da zunächst das gegenwertige Regime gestürzt werden muß, um dem Erbprinzen den Weg nach Ungarn freizumachen. Graf Andrássy will diese Schwierigkeiten durch die breiten Massen überwinden, er vertritt den Gedanken der allgemeinen Wählerfrucht, geheime Abstimmung, die Wiederherstellung der öffentlichen Freiheit, und verheißt im Namen König Ottos geordnete Zustände und wirtschaftlichen Wohlstand. Die festgestren genannte Waise Ungarns soll um das Banner König Ottos verarmt werden. Die Legitimisten weisen daraufhin, daß namentlich in den Gebieten jenseits der Donau die breiten Schichten des ungarischen Volkes absolut festgestren seien. Zur Ueberwindung der innerpolitischen Schwierigkeiten hoffen die Legitimisten in absehbarer Zeit alle politischen Parteien für die Idee zu gewinnen, daß die Heimkehr der königlichen Familie nach Ungarn eine politische und nationale Notwendigkeit sei. Im Jahre 1920 kam durch Vermittlung des Kabinetts Bethlen ein Burgfrieden zwischen der legitimistischen und antiklegitimistischen Partei, der Partei der freien Königswähler, zustande, demzufolge im Geleit Art. 1 von 1920 mit Rücksicht auf die innere Ruhe Ungarns die Ausgestaltung der Königspromaganda von beiden Seiten beschlossen wurde. Durch die jetzige Aktion der Legitimisten erhebt der Burgfriede gebrochen. Man muß mit dem Beginn einer harten Bewegung in Ungarn in den kommenden Monaten rechnen.

Was die außenpolitische Frage anbelangt, so hoffen die Legitimisten die Zustimmung der kleinen Entente für die Heimholung König Ottos zu erreichen. Sie wollen einen Konflikt mit der kleinen Entente ebenfalls vermeiden und glauben durch entsprechende Zusicherungen ihre Zustimmung erreichen zu können. Vorläufig hat Graf Andrássy nur die negative Formulierung gegeben, wonach ein Kampf mit der Entente wegen der Rückkehr des Erbprinzen Otto ebenfalls vermeiden werden sollte. Die Legitimisten scheinen eine Art Volksabstimmung für König Otto zu planen, ähnlich wie seinerzeit in Frankreich für Napoleon III.

Die Regierung steht der neuen Aktion der Legitimisten vorläufig mit großer Zurückhaltung gegenüber. Sie sieht in der Aktion der Legitimisten zunächst nur die Drohung gegen ihren eigenen Bestand, einen Feldzug gegen das Kabinetts Bethlen und gegen die Majorität, weshalb Graf Andrássy als der aktive Exponent des neuen Programmes persönlich in der schärfsten Weise angegriffen wird. Die Regierung läßt erklären, daß das Festhalten an den Gehehen über die Ablegung der Habsburger die einzig korrekte Politik gegenüber den Nachbarkräften sei, und daß die neuerliche Aufstellung der Königfrage eine Katastrophopolitik darstelle, die einem neuen Königsputsch gleichkomme.

„Temps“ zufolge gab der neue ungarische Finanzminister Sub folgende Erklärungen über die finanzielle Lage Ungarns ab: „Das Subjekt-



